



19.482

Parlamentarische Initiative

Regazzi Fabio.

**KMU von der Mediensteuer
ausnehmen**

Initiative parlementaire

Regazzi Fabio.

**Exempter les PME du paiement
de l'impôt sur les médias**

Iniziativa parlamentare

Regazzi Fabio.

**Escludere le PMI
dalla tassa sui media**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.03.22 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative Folge geben

Antrag der Minderheit

(Aebischer Matthias, Fluri, Graf-Litscher, Pasquier, Piller Carrard, Pult, Schlatter, Storni, Töngi, Trede)

Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la majorité

Donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Aebischer Matthias, Fluri, Graf-Litscher, Pasquier, Piller Carrard, Pult, Schlatter, Storni, Töngi, Trede)

Ne pas donner suite à l'initiative

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Regazzi Fabio (M-E, TI): Meine parlamentarische Initiative "KMU von der Mediensteuer ausnehmen" wurde bereits an der Sitzung der KVF-N vom 17. Februar 2020 vorberaten. Es wurde beschlossen, ihr Folge zu geben. Nachdem ihr die KVF-S keine Folge gab, beschloss die KVF-N am 23. November erneut, die parlamentarische Initiative zu unterstützen, weshalb heute die Diskussion und die Beschlussfassung im Nationalrat anstehen. Einleitend möchte ich in Erinnerung rufen, dass bis Ende 2018 sowohl natürliche wie auch juristische Personen sich von der Pflicht, Radio- und Fernsehgebühren zu bezahlen, befreien konnten. Die Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen war bekanntlich sehr umstritten. Im Juni 2015 sagte lediglich eine hauchdünne Mehrheit – den Ausschlag gaben etwa 3000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger landesweit – Ja zum Systemwechsel. Der Kanton Tessin und fast alle Deutschschweizer Kantone lehnten die Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen ab.

Depuis le 1er janvier 2019, l'impôt sur les médias pour les entreprises est perçu par l'Administration fédérale des contributions. Les entreprises dont le chiffre d'affaires ne dépasse pas 500 000 francs sont actuellement exonérées. Pour toutes les autres entreprises, l'impôt sur les médias est calculé en fonction du chiffre d'affaires.





Le barème d'imposition en fonction du chiffre d'affaires est défini dans l'ordonnance sur la radio et la télévision. Depuis le changement de système, les entreprises suisses contribuent à hauteur de quelque 170 millions de francs, soit plus du double de ce qu'elles payaient jusqu'à fin 2018.

Mit meiner parlamentarischen Initiative fordere ich nun, dass Artikel 68 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen sowie, soweit nötig, die weiteren damit in Zusammenhang stehenden Erlasse dahingehend zu ändern seien, dass nur noch Unternehmen mit 250 oder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Abgabe für Radio und Fernsehen zu entrichten haben. Firmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden sind von der Abgabe zu befreien. Lernende werden nicht als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angerechnet.

Ich möchte betonen, dass es in dieser parlamentarischen Initiative nicht darum geht, das ganze System wieder umzukrempeln. Es geht mir darum, KMU zu entlasten, die effektiv keinen Nutzen davon haben und deren Inhaber und Mitarbeitende die Mediensteuer sowieso schon privat über ihren Haushalt begleichen.

Die Mediensteuer bedeutet für KMU eine Doppelbesteuerung. Wenn natürliche Personen in einem Haushalt Radio hören, ist eine Abgeltung gerechtfertigt. Wenn die gleichen Personen am Arbeitsplatz Radio hören und fernsehen, ist es bereits eine Doppelbelastung. Die gleiche Person kann nicht gleichzeitig am Arbeitsplatz, z. B. in einer Werkstatt, und zuhause Radio hören.

Das heute geltende System ist ungerecht. Die Anknüpfung an den Umsatz ist sachfremd und führt zu massiven Verzerrungen. Eine Autogarage z. B. zahlte zuvor für den Radioempfang in der Werkstatt oder weil ihre firmeneigenen Fahrzeuge Autoradios hatten, rund 218 Franken pro Jahr. Mit der umsatzabhängigen Mediensteuer zahlt die gleiche Firma, die 20 Millionen Franken Umsatz pro Jahr macht, neu fast 6000 Franken, also etwa das 26-Fache; das bedeutet eine Erhöhung von 2650 Prozent. In meinem Leben habe ich viele Abgabe- oder Steuererhöhungen erlebt, aber nie eine Erhöhung in diesem Ausmass. Die Anknüpfung an den Umsatz, wie sie der Bundesrat in der Radio- und Fernsehverordnung umgesetzt hat, ist auch vom Bundesverwaltungsgericht kritisiert worden.

Zum Schluss: Im Jahr 2020 hat die SRG mit den Einnahmen aus der Mediensteuer weitere 192 Millionen Franken eingenommen, was unter anderem mit der wachsenden Zahl an Haushalten begründet wird. Doch diese 192 Millionen Franken an zusätzlich eingenommenen Geldern entsprechen ziemlich genau der Mediensteuer bei den Unternehmen: So haben die Unternehmen im Jahr 2020 einen Betrag von 185 Millionen Franken an Mediensteuern bezahlt.

Wenn Sie der parlamentarischen Initiative Folge geben, entlasten Sie Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden. Wie viele Millionen Franken das genau ausmachen wird, lässt sich nicht sagen, da heute die Radio- und Fernsehgebühr in Bezug auf den Umsatz erhoben wird. Weil aber gleichzeitig die Einnahmen der SRG wegen der steigenden Zahl an Haushalten zunimmt, kann man davon ausgehen, dass zumindest ein Teil wieder kompensiert wird. Mit anderen Worten: Bei einer steigenden Zahl an Haushalten können Sie mit einem guten Gewissen die KMU entlasten.

Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Antrag der KVF-N zustimmen und meiner parlamentarischen Initiative Folge geben.

Aebischer Matthias (S, BE): Wenn Sie nicht in der KVF sind und glauben, wir hätten hier im Saal schon x-mal über dieses Thema gesprochen, dann kann ich Ihnen sagen: Es ist so! Aus immer denselben Kreisen kommt die immer gleiche Forderung, und immer wieder sagen die Räte oder gar das Volk, dass sie die aktuelle Gesetzgebung zur Haushaltsabgabe und auch zur Unternehmensabgabe gut finden.

Am 14. Juni 2015, das hat mein Vorredner bereits gesagt, hat das Schweizer Stimmvolk Ja gesagt zum neuen Abgabesystem. Seither sind drei Viertel aller Unternehmen von der Abgabe befreit; gegen 140 000 Unternehmen müssen eine Abgabe zahlen, wie in allen anderen Ländern in Europa auch, mit Ausnahme von Albanien und Dänemark. Das Ja der Stimmbevölkerung wurde vom Referendumskomitee damals nicht akzeptiert, und dieselben Leute wollten knapp drei Jahre später die Abgabe und somit auch die SRG mit der No-Billag-Initiative ganz abschaffen. Das Resultat kennen Sie auch: Sagenhafte 71,6 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung sagten damals, sie seien mit dem heutigen

AB 2022 N 433 / BO 2022 N 433

Abgabesystem und auch mit der SRG zufrieden. Trotzdem gab die Anti-SRG-Gruppe nicht auf. Nationalrat Gregor Rutz versuchte erneut, das Abgabesystem zu filetieren; diesmal sollten die Unternehmen von der Abgabe ausgenommen werden. Dieses Vorhaben scheiterte am 17. Dezember 2019 im Ständerat. Und wieder ging es weiter: Der neue Gewerbeverbandspräsident, Fabio Regazzi, reichte schon vor dem Ständeratsentscheid eine weitere Initiative gegen die Abgabe ein, diesmal mit dem Titel "KMU von der Mediensteuer ausnehmen"; wir stimmen gleich darüber ab.



Ich habe eingangs erwähnt, dass mit dem neuen System die kleinen Unternehmen – das sind 75 Prozent aller Unternehmen – von der Unternehmensabgabe befreit sind, weil sie die Umsatzgrenze von einer halben Million Franken nicht erreichen. Im Weiteren hat der Bundesrat die Tarifstruktur bei der Unternehmensabgabe verbessert und sieht anstelle von sechs neu achtzehn Abstufungen vor. Das Parlament, Sie erinnern sich, hat ebenfalls nachgebessert und alle einfachen Gesellschaften von der Medienabgabe befreit.

Mit Verlaub, die vorliegende Initiative ist eine Zwängerei! Meine Auflistung zeigt, dass die Angriffe auf die Haushalts- und Unternehmensabgabe System haben und immer aus derselben Ecke kommen. Der neueste Angriff der Anti-SRG-Verschwörer wurde bereits kommuniziert: Der SRG soll mit einer erneuten Kahlschlag-Initiative das Budget halbiert werden, und das in Krisenzeiten, in denen die Leute in allen Landesteilen die Informationen im Radio und am TV wieder zu Millionen bei der glaubwürdigen SRG abholen.

Stoppen Sie bitte die Anti-SRG-Gruppe auch heute!

Romano Marco (M-E, TI), per la commissione: La commissione ha esaminato questa iniziativa parlamentare nel mese di novembre dell'anno scorso. L'autore dell'iniziativa chiede che le imprese con 250 o meno collaboratori – sono considerate le persone che lavorano a tempo pieno e gli apprendisti sono esclusi – siano esentate dal pagamento del canone per la radio e la televisione. Il limite di 250 dipendenti si fonda sulla definizione in uso a livello statistico delle PMI. Per realizzare l'intento avanzato nell'iniziativa occorrerebbe modificare l'articolo 68 della legge federale sulla radiotelevisione.

Ci troviamo di fronte a una divergenza tra le due Camere. Riassumendo vi ricordo che in sostanza la Commissione dei trasporti e delle telecomunicazioni del Consiglio nazionale in una prima fase ha dato seguito all'iniziativa, decisione presa il 17 febbraio 2020 con 13 voti contro 12. Successivamente, il 15 aprile del 2021, l'omologa commissione degli Stati l'ha respinta con 8 voti contro 4 e 1 astensione. Ora la vostra commissione ribadisce la propria decisione di dare seguito all'iniziativa, e lo fa con 14 voti contro 10. La commissione vi propone quindi nuovamente di approvare l'iniziativa parlamentare Regazzi.

Nel tessuto economico è presente un forte malcontento e malessere, accompagnato da un grande senso di ingiustizia, in relazione al nuovo sistema di imposizione del canone per le imprese, entrato in vigore nel gennaio del 2019.

Il canone in funzione della cifra d'affari risulta eccessivamente pesante ed inappropriato, soprattutto per le piccole e medie imprese che fanno registrare elevate cifre d'affari ma esigui margini di utile. Prendiamo l'esempio, indicato dall'autore dell'iniziativa, di un rivenditore di automobili con annessa officina che per lo stesso apparecchio radiofonico si è visto aumentare il canone da 200 franchi, come da modello precedente, a 5750 franchi, con il modello attuale. Si tratta di un aumento considerevole – 26 volte in più! –, senza che la marginalità dei propri affari fosse mutata. È invece aumentato in maniera esponenziale il contributo per il pagamento del canone. Il settore automobilistico genera cifre d'affari elevate ma, come ho detto, i margini sono e restano limitati.

Da qui emerge il primo problema di fondo, per cui occorre tornare sulla decisione presa dalle Camere federali. La cifra d'affari, anche se è scalare e il Consiglio federale ha già apportato delle modifiche, non costituisce un riferimento appropriato per classificare le imprese nelle corrispondenti categorie tariffarie. Si creano effetti soglia e distorsioni estremamente penalizzanti. La capacità finanziaria e la fruizione di prodotti radiotelevisivi non hanno nessun legame diretto con la cifra d'affari.

Malgrado i correttivi proposti dal Consiglio federale nel 2021, la maggioranza della commissione ritiene inoltre che persista il problema di fondo: tanto i datori di lavoro quanto i lavoratori pagano già il canone come privati cittadini nel quadro della loro economia domestica. Di conseguenza, questa imposizione dell'azienda risulta una doppia imposizione, una imposizione limitativa. Se il rivenditore del citato garage ha già pagato il canone nell'ambito della sua economia domestica, perché deve pagarlo anche sul posto di lavoro o tramite la propria attività economica, spesso portata avanti con un'azienda individuale?

La maggioranza della commissione reputa che occorre rivedere la decisione presa, togliendo questa doppia imposizione iniqua e sproporzionata. Anche perché è spesso fonte di situazioni di vere e proprie distorsioni: a causa di cifre d'affari totalmente differenti, realtà simili generano risultati totalmente differenziati per quanto riguarda l'entità delle somme da pagare.

Si tratta di un onere finanziario ingiustificato per le imprese.

Di conseguenza, la commissione vi raccomanda, con 14 voti contro 10, di dare seguito all'iniziativa parlamentare, con la speranza che anche l'omologa commissione degli Stati veda la necessità di intervenire. Non è lavorando sulla scalarità dell'approccio, sulla cifra d'affari che si risolve il problema. Il problema è un problema di fondo. Si tratta di una doppia imposizione fondata su un criterio errato.



Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die Mehrheit der Kommission beantragt, der Initiative Folge zu geben.
Eine Minderheit Aebischer Matthias beantragt, ihr keine Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.482/24697)

Für Folgegeben ... 119 Stimmen

Dagegen ... 71 Stimmen

(3 Enthaltungen)